

„In einer tiefen Krise“

journal.lu - 13.06.2019



Dem Ressortminister werfen die Gewerkschaften vor, die Situation schönzureden. Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Umfrage von Gewerkschaften: 75 Prozent der befragten Grundschullehrer würden jungen Menschen vom Lehrerberuf abraten

So gut wie alle Lehrer halten gerne Unterricht, doch nur eine Minderheit würde sich noch einmal für den Beruf entscheiden. Drei Viertel würden jungen Menschen unter den derzeitigen Bedingungen sogar davon abraten. Das geht aus einer Umfrage des OGBL-Syndikats SEW, des Landesverbands und der „Fédération Générale des Instituteurs Luxembourgeois“ (FGIL) hervor.

„De Fondamental ass an enger déiwer Kris“, lautete gestern das Fazit von SEW-Chef Patrick Arendt. Ein Ergebnis, das sich vielleicht auch in der hohen Umfragebeteiligung widerspiegelt. 743 Lehrbeauftragte, Referendare und diplomierte Lehrer haben nämlich mitgemacht. Zum Vergleich: Laut Angaben des Ministeriums waren im Schuljahr 2016/17 rund 5.700 Lehrer in den Grundschulen des Landes tätig.

Im Durchschnitt bezeichneten die Befragten die Belastung im Beruf (3,6 auf einer Skala bis 5 (überfordert)) als hoch bis sehr hoch. Vergleichbar hoch (3,2) seien die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit. Rund 56 Prozent gaben an, schon einmal einen

Berufswechsel in Betracht gezogen zu haben beziehungsweise den Lehrerberuf ganz aufzugeben - auch 37,8 Prozent der noch jungen Lehrer im Referendariat.

In den Augen der meisten Lehrkräfte wird der Arbeit der Lehrer insgesamt wenig Respekt gezollt, sei das in den Medien, vonseiten der Politik oder in der Gesellschaft. Höher ist die Anerkennung der Eltern, wobei es einzelne Ausnahmen gebe. Verbesserungswürdig sei zudem der Rückhalt der Eltern für die pädagogische Vorgehensweise des Lehrers.

Kein Gehör in der Politik

Als ein „klares Nein“ interpretiert Arendt die Antwort auf die Frage, ob die Lehrer mit ihrer Kritik und Empfehlungen ausreichend Gehör bei den politischen Verantwortlichen des Unterrichtsministeriums finden. Ein „Flop“ sei die Einführung der 15 Regionaldirektionen in der vergangenen Legislatur. 51,8 Prozent sagten, die Einführung der Regionaldirektionen habe keinen Einfluss auf ihre Arbeit gehabt. Pädagogischen Input gebe es kaum, auch auf ihren Rückhalt in Konfliktfällen könne man eher nicht bauen. Die Position des SEW-Präsidenten war gestern jedenfalls deutlich: „Wir verlangen ganz klar, die regionalen Direktionen wieder abzuschaffen“. Das sei nicht gegen die in den Direktionen Beschäftigten gerichtet, die ohnehin die gleichen Probleme kannten, sondern gegen die Struktur.

Auch das Referendariat schneidet in der Umfrage schlecht ab, wobei Arendt einräumte, dass die Verhandlungen mit dem Bildungsministerium noch liefen, als der Fragebogen freigeschaltet wurde.

Gewerkschaften wollen Debatte anstoßen

Die Befragten konnten ebenfalls Kommentare, Erklärungen und Feedback in der Umfrage hinterlassen. Zusammengenommen machen diese ganze 380 A4-Seiten aus. Sehr viele Lehrer berichteten demnach, unter Stress zu leiden. Arendt sieht darin eine Erklärung für die hohe Zahl an Krankmeldungen und Anfragen auf Teilzeitarbeit. Wenige beziehungsweise wenige positive Antworten kamen auf die Frage, was sich in der Schule zum Besseren gewandelt habe, seitdem sie unterrichten. Genannt wurden etwa die Einführung der Schulkomitees, das Abschaffen des Punktesystems oder die Kommunikation mit den Eltern. Länger fällt aber die Negativliste aus: Zu viel bürokratischer Aufwand, zu viele Versammlungen und Konzertierungen, trotz Reform vor einigen Jahren unverständliche Zeugnisse, das Gefühl, ständig erreichbar sein zu müssen und permanent kontrolliert zu werden. Die Eltern hätten zu viel Mitspracherecht „und überall Vorrang“. Kritik gab es an der Struktur der „Maison Relais“. Dass Kinder permanent animiert würden, bringe Verhaltensprobleme mit sich. Dann würden allerdings auch die Kompetenzen der Kleinen immer mehr abnehmen. Die Inklusion werde kritisiert, nicht vom Prinzip her, sondern von der derzeitigen Funktionsweise. „Die Lehrer müssen zusehen, dass sie klar kommen“, sagt Arendt.

Arendt stellt klar, dass nicht Zweck der Übung sei, „hierher zu kommen, um zu jammern“. Vielmehr solle ein Prozess lanciert werden, um Lösungen zu finden. „Wir brauchen eine politische Debatte - eine ehrliche“, sagte Arendt. Unterredungen mit den politischen Parteien sind geplant. Eine Anfrage ging auch an den zuständigen Minister Claude Meisch (DP), dessen tatsächliche Dialogbereitschaft die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren immer wieder infrage gestellt haben.

Forderungen der Gewerkschaften - Eine Auswahl

- In Sachen Kontingente der Unterrichtsstunden wieder auf das Niveau von vor 2009 kommen, um die Größe der Klassen wieder zu verringern
- die Abschaffung der Regionaldirektionen
- den bürokratischen Aufwand verringern
- die heutige Funktionsweise der „maisons relais“ überdenken
- Respekt für die Arbeit der Lehrkräfte
- eine schnellere Reaktivität, wenn Kinder besondere Unterstützung benötigen
- Verhaltensregeln in der Schule, die auch für die Eltern gelten
- ein sinnvolles Bewertungssystem, das den Eltern einfacher vermittelt werden kann

Die gestern vorgestellten Ergebnisse der Umfrage gibt es unter <http://bit.ly/2KeDaV7> Derzeit läuft übrigens auch eine Umfrage unter Sekundarschullehrern.